

Entscheidung über den weiteren Gang der Dinge hängt nunmehr von der Einstellungnahme der Parteien ab, die neuerdings wieder zusammengetreten sind. Die sofortige Einberufung des Reichstages, die bisher nur die Deutschnationalen und die Kommunisten gefordert haben, wird nunmehr auch von der Sozialdemokratie verlangt und zwar mit der Begründung, daß der gegenwärtige Zustand des „Regierens ohne Ziel“ mit Rücksicht auf den Bestand des Reiches nicht mehr erträglich sei. Auch das Bündnis hat seine Fraktionenmitglieder zu einer Plenarversammlung der Fraktion in Berlin verjammert.

Die Herausgabe von Notgeld

Berlin, 13. November. General v. Seest hat folgende Verordnung erlassen:

Der mit durch Erlass des Reichspräsidenten vom 8. d. M. erteilte Auftrag, alle Konventionen zur Sicherung des Reiches zu brechen, ist nur durchführbar, wenn dem drohenden Hungerterror vorgebaut wird. Der eingesetzte Frosch erlaubt keine längeren Überlegungen mehr. Bevor durch Sicherung der Märkte eine durchgreifende Besserung der Lebensmittelversorgung durchgeführt ist, ordne ich als Inhaber der vollziehbenden Gewalt nachstehendes an:

§ 1. Die Länder, Provinzen und Kommunen sind berechtigt, wertbeständiges Notgeld zur Verschaffung von Lebensmitteln auszugeben. Die Ausgabe darf nur zu dem Vertrag erfolgen, der vom Reichsfinanzministerium als gebrochen erklärt anerkannt wird. Das Reichsfinanzministerium wird die Anträge der ausgebenden Stellen mit größter Vorsicht prüfen. Innerhalb der Ausgabebetriebe ist das Notgeld als gesetzliches Zahlungsmittel anzusehen.

§ 2. Wer die Annahme des Notgeldes verwirkt oder andere zur Verweigerung zu bestimmten versucht, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Oktober 1923 bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Die Fortdauer des Buchdruckerstreiks

Berlin, 13. November. Der Buchdruckerstreik dauert fort. Die für Weihnachten erlassene Verordnung des Generals v. Seest, die die Arbeitsförderung in allen Anlagen und Betrieben zur Erzeugung von Banknoten und Wertpapieren bei Strafe und sofortiger Entlassung im Zwangsabgangsfalle verbietet und das betreffende Personal zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag nach 7 Uhr aufforderte, hat nicht in gewünschter Weise gewirkt. Von den 10 000 Mann umfassenden Personal der Reichsbuchdruckerei erschienen nur, von denen sich 1000 selbst wieder entzerrten.

Berlin, 13. November. Die Lage im Buchdruckerstreik hat sich bis gestrigen nachmittag noch nicht verändert. In den privaten Buchdruckereien erschienen die Buchdrucker und Hilfsarbeiter vormittags, nahmen von den Bekanntmachungen des kleinen Kreisels, verließen aber die Arbeitsstätten sofort wieder. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß auch nicht in einem einzigen Betrieb der Notstand wieder aufgenommen worden ist. Gleich günstiger liegen die Dinge in der Reichsbuchdruckerei selbst. Mit den 1000 Mann, die sich als arbeitswillig erklärten und die etwa den zweiten Teil der Gesamtbelegschaft darstellen, will die Reichsbuchdruckerei den Betrieb weitgehend für Banknoten und für das wertbeständige Geld einigermaßen in Gang bringen. Die Technische Not hilfe ist in Anspruch genommen worden.

Berlin, 13. November. Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer e. V. und der Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe verbreiteten eine Kundgebung an die Bevölkerung Berlins, in der noch einmal der Tatbestand über den Steelbandbruch im Buchdruckergewerbe kurz ausgeführt wird. Die Kundgebung betontet im weiteren die großen wirtschaftlichen Gefahren, die der Buchdruckerstreik im gegenwärtigen Augenblick mit sich bringe, insbesondere wodurch auf den in den nächsten Tagen einsetzenden Mangel an Zahlungsmitteln hingewiesen. Die Kundgebung lautet dann wörtlich weiter: Der aus ausgezwungenem Kampf wird von uns aus durchgeführt werden, damit endlich einmal diese unverantwortlichen Elemente ausgeschaltet werden und daß das Berliner Buchdruckergewerbe wieder zu den Tarifordnungen geführt wird, die in den langen Jahren bestanden hat, in denen die Führer der Gewerkschaften die Führung allein in den Händen hatten.

Berlin, 13. November. Durch Hinzuweisung der Technischen Not hilfe und sonstiger Arbeitswilliger war es möglich, den Betrieb in der Reichsbuchdruckerei hente etwas zu erweitern. Der Streik dauert an. Soweit als möglich kommt man auch heute noch weitestgehender Noten wieder aufzumachen. Aber die weitere Entwicklung läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Der Kommunistenkraß in Thüringen

Die drei kommunistischen Mitglieder der thüringischen Regierung sind, wie gestern berichtet, knall und fall ausgetreten. Nichtiger, sie sind von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten fröhlich hinausgeworfen worden. Dafür rächen sich seine Kollegen, indem sie eine Erklärung veröffentlichten, in der die Sozialdemokratie als „Machthaber der sozialistischen Diktatur“ hingestellt werden! Nun geht aus Veröffentlichungen des Reichswehrkommandos in Thüringen hervor, daß es höchste Zeit war, Ordnung zu schaffen. Wenn Thüringen nur „ruhig“, aber nur, weil die kommunistischen Hundertschaften überall ein wahres Schreckensregiment ausübten. Es handelt sich bei diesen Hundertschaften auch nicht um harmlose Gefang- und Regelvereine, sondern um regelrechte Kampfverbände, die über reichliche Waffenlager verfügen. Ein Teil dieser Arger ist ausgeschlossen, ein anderer wird noch gefügt. Am Abend lösen die kommunistischen Minister Thüringens die Kette aus dem Saal, indem sie mitbekennen, sie hätten von ihren sozialdemokratischen Kollegen gefordert, die Arbeiterschaft zum Widerstand gegen die „weichen Gedanken“ aufzufordern! Die Arbeiterschaft sollte also vor die Maschinengewehre der Reichswehr getrieben werden, damit die Kommunisten sich hinterher über das Blutbad entrüstet könnten. Nicht als Verhöhnung, sondern, um die Arbeiterschaft im ganzen Reich zum Aufstand aufzurütteln. Eigend welche Arbeit hat die verlorenen kommunistisch-sozialistische Regierung in Thüringen nicht geleistet. Die Aufstellung und Bewaffnung von Hundertschaften ist jedenfalls keine Arbeit, bei der die Reichsregierung hätte ruhig zusehen können.

Der Streit um den deutschen Kronprinzen

Paris, 13. November. Die Botschafterkonferenz, die sich gestern nachmittag am Quai d'Orsay versammelte, hat sich mit der Angelegenheit des Kronprinzen beschäftigt. Sie nahm die diesbezügliche Note Dr. Stresemanns zur Kenntnis, sowie das Dokument der Reichsregierung betreffend die Militärkontrolle in Deutschland. Man nimmt an, daß die Botschafterkonferenz schon den Vorlaut einer Reihe von Vorschlägen festlegte, die den einzelnen Regierungen zur Gutachtung unterbreitet werden sollen. Die Botschafterkonferenz wird sich, wie verlautet, am Mittwoch erneut versammeln, um die laufenden Geschäfte zu erledigen und um evtl. die Absprache über den Fall des deutschen Kronprinzen, sowie die Auseinandersetzung der beiden Kollektivs festzulegen, wenn die Antworten der Verbündeten bis dahin eingegangen sind.

Paris, 13. November. Wie aus Brüssel gemeldet wird, wird die belgische Regierung in Abwesenheit des Rücktritts des deutschen Kronprinzen alle Maßnahmen und Beschlüsse der Botschafterkonferenz auf Grund des Verfallener Vertrages (Auslieferung der Kriegsschuldigen an die Verbündeten) aufheben.

London, 13. November. Eine Neutermeldung führt bezüglich der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland aus, daß, wenn seine Unwesenheit in Deutschland zu Un-

ruhen Anlaß gebe und die Zahlungen der Reparationen erschwere, oder die Abfallbewegungen verstärke, die Lage sich ernst gestalten könnte. Ein Protest an Holland, so heißt es in dem Note weiter, könnte nicht ergehen, selbst wenn der Kaiser dem Beispiel seines Sohnes folge. In diesem Falle wird die Situation allerdings ganz verschoben von der gegenwärtigen sein und es sei ein Grund geschaffen, einen Protest an Deutschland zu richten.

Belgische Gerüchte über die Absichten des Kaisers

Paris, 13. November. Von belgischer Seite werden aufsehenerregende Wedungen über die Absichten des im Hause Doorn untergebrachten Kaisers verbreitet. Nach diesen Wedungen wurde gestern im Hause Doorn unter dem Vorstoß des früheren Kaisers eine Beratung abgehalten. Man sieht vor, daß die Monarchie der Niederlande am 4. Dezember wieder in Deutschland aufzutreten werde und daß der Kaiser oder sein Sohn den Thron bestiegen werde. Die belgische Telegraphenagentur teilt im Hinblick auf diese Nachrichten u. a. noch mit, daß von Berlin Herz Hochzeit vorgestern abend 4 Uhr in Doorn eingetroffen sei und dem Kaiser von deren Stresemann zwölf deutsche Pässe für den Kaiser und sein Gefolge überreicht habe. Gestern um 10 Uhr gelangte ein Schiffstelegramm aus Deutschland an den Kaiser an. Um 4 Uhr nachmittags hatte der Kaiser den Besuch eines hohen niederländischen Beamten, Herrn Van der Zijl, mit ihm besprochen. Seit einigen Tagen ist auf Schloß Doorn eine telegraphische Funkstation untergebracht und der Kaiser erhält täglich um 1 Uhr lauflose Telegramme.

Die Stellung der Erhardbrücke zu Hitler

München, 13. November. Die Brigade Erhard nimmt in einem Schreiben zur Lage Stellung. U. a. wird gesagt, daß die in die Presse lancierten Mitteilungen, daß die Erhardbrücke gegen Hitler Front gemacht hätten, vollkommen falsch seien, im Gegenteil, die Brigade habe sich gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen die Hitlerkraut ausgesprochen.

An unsere Insassen!

Die währungspolitischen Maßnahmen der Regierungsstellen im Reiche und in den Ländern und die allgemeine Umstellung der deutschen Wirtschaft zwingen auch die Zeitungsverlage, die Papiermarktberechnung bei den Anzeigen fallen zu lassen und

vom 14. November an auf Goldmarkberechnung

überzugehen. Zweifellos werden unsere Geschäftsfreunde diese Mittelbildung begrüßen, weil damit auch für sie wieder eine feste Kalkulationsgrundlage geschaffen wird. Die neuen Preise sind am Kopfe der heutigen Nummer ersichtlich.

Sächsische Volkszeitung. Thüringer Volkswacht

Dresdner Nachrichten Dresden Neueste Nachrichten Dresden Anzeiger Dresden Volkszeitung Sächsische Staatszeitung

Die britischen Schulden an Amerika

Washington, 13. November. Das Reichspostamt ist davon benachrichtigt worden, daß die britische Regierung sich bereit erklärt, 80 Millionen Dollar an Sinen und 23 Millionen Dollar für Tilgungszwecke am 18. Dezember zu bezahlen.

Letzte Meldungen über das Ruhrabkommen

Düsseldorf, 13. November. (Drucksbericht) Zu der Pariser Meldung, wonach die Verhandlungen zwischen der Witum und Stinnes in Düsseldorf gestern nachmittag in den wesentlichsten Punkten zu einer Einigung gekommen waren, erfährt der Deutsche Handelsdienst, daß diese Meldung zwar in einem gewissen Umfang zutreffend, doch aber über die weiteren sehr wichtigen Punkte die Entscheidung noch aussteht. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Soweit bekannt ist, stellen verschiedene Forderungen der Witum für die deutsche Wirtschaft geradezu eine unerträgliche Belastung dar, die in ihren Nachwirkungen unabsehbare Nachteile für die deutsche Wirtschaft bringen müssen. Es ist zu hoffen, daß die Ruhrindustriellen bei aller Würdigung der Notlage der rheinisch-westfälischen Industrie sich nicht bereit finden Zugeständnisse zu machen, die für die gesamte deutsche Wirtschaft geradezu ruinöse Wirkungen haben müssen.

Paris, 13. November 1923. (Drucksbericht) Die Verhandlungen zwischen der Witum und Stinnes haben in Düsseldorf gestern nachmittag nicht zu einer Konsolidierung eines Abkommens geführt. Doch ist, wie ein um 8.30 Uhr abends herausgegebenes Communiqué mitteilt, zu den wesentlichen Punkten eine Einigung resultiert worden. Der Verhandlungsrat des Chicago-Tribunals in Düsseldorf behauptet, daß Stinnes gewisse Änderungen in dem Bezahlungsrahmenprogramm erzielt habe.

Die Lage an der Börse

Berlin, 13. November. Am Geldmarkt dauert die Mühsigkeit an. Es liegt heute trotz des Notwendigkeitsfests noch ziemlich relatives Angebot vor, kurzfristige Leihgeldern vor. Den entsprechen gestaltete sich die Tendenz für Effekte fast besonders leicht bleibt wechselseitige Mortanwerte in Abrechnung der Rechrichten über einen bestreitenden Abschluß der gestrigen Verhandlungen der Aufdrindustriellen mit der Witum in Düsseldorf. Am Devisenmarkt rechnet man noch immer mit einer baldigen Herauslösung der amtlichen Notierungen, zumal gestern die Witum an den Auslandsbörsen etwas schwächer lag. Man verweist auf die wachsende Unzufriedenheit der Geschäftshäuser in der örtlichen Börse, die besonders im Einzelhandel zu einer erheblichen Herauslösung der Goldmarkpreise geführt hat. Die Lage gilt in Antracht der nunmehr feststehenden Verhandlungen Ditters und der im Aussicht gestellten Reise des bayrischen Ministerpräsidenten v. Knilling nach Berlin als wesentlich ge- bessert.

Aus aller Welt

† Deutsches Papiergeld. Aus Luxemburg wird berichtet, daß ein dortiger Kaufmann für den Preis von 1800 Franken 40 Tonnen deutsches Papiergeld in Stücken von 1, 2, 5, 10 und 20 Mark aufgekauft hat. Dieses Papiergeld wird jetzt über Eisenbahnwagen, welche über Luxemburg nach Frankreich laufen, wo die Papiercheine geändert und verzerrt werden, um dann wieder zur Herstellung von erstklassigem, gutem Papier zu dienen. Könnten unsere deutschen Papierfabriken dieses Verfahren nicht auch annehmen, um die für die Papierfabrikation notwendigen Stoffe in Deutschland zu erhalten? In Holland würden die Verkäufer von Schnürenketteln immer fünf Paar in einen deutschen Einkaufskettensack-Walzshein ein, geben wohl auch einen Millionenschein als Zugabe und verkaufen ihre Ware für 10 Cent.

† Das größte Glotenspiel der Welt wird in Paris in der Kathedrale von Saint Paul in Minnesota zur Aufführung gebracht werden. Es besteht aus 28 Glotens und hat mit seinem Mechanismus und allem Zubehör ein Gesamtgewicht von 7 Millionen Kilogramm. Das Glotenspiel ist in Tournai hergestellt worden. Die Aufführung wird ein belgischer Monat ausführen, der sich bereits von Antwerpen nach den Vereinigten Staaten beobachten hat.

Wirtschaft und Währung

Von Dr. phil. h. c. Rudolf von Oppen, M. S. R.

Zur Wirtschaft gehört nicht nur die Güterproduktion, sondern ebenso wichtig ist die Güterverteilung. Zur Verteilung der Güter sind einerseits die Transportmittel im ländlichen Sinne das Fuhrwerk d. h. das Geld. Beides hat in der Tat in vieler Beziehung gleiche Funktionen wie die Eisenbahn, oder sollte sie zum wenigsten haben. In Zeiten lebhafter Güterbewegung (z. B. während der Ernteernte und bei gutem Getreidegang) erleben viele auf der Eisenbahn den Wagnismangel und auf dem Geldmarkt eine Spannung, die sich in hohen Bauschäden bemerkbar macht. In Zeiten schlechten Getreidegangs wäre Geldmangel vorliegend vorhanden und fließt in die Eisenbahnbörsen, die Tanten zurück, ebenso wie bei der Eisenbahn ein Teil des Wagnisspaltes abgestellt werden mußte, verfügt nun eines der Transportmittel, Eisenbahn oder Währung, so wird der Gütertransport gefährdet und gar gestoppt. Störung des Gütertransports, Erliegen der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit sind die notwendigen Folgen. Während um 18 Uhr gelangte ein Schiffstelegramm aus Deutschland an den Kaiser an. Um 4 Uhr nachmittags hatte der Kaiser den Besuch eines hohen niederländischen Beamten, Herrn Van der Zijl, mit ihm besprochen. Seit einigen Tagen ist auf Schloß Doorn eine telegraphische Funkstation untergebracht und der Kaiser erhält täglich um 1 Uhr lauflose Telegramme.

Als Folge dieser Entwicklung der letzten Wochen sehen wir die heutige trostlose Lage des deutschen Wirtschaftslebens, die absehbar von den Erscheinungen des Wirtschaftsverkehrs durch die Auflösung im wesentlichen auf das Verlassen der Währung zurückzuführen ist. Die von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde sinkende Kaufkraft der Mark macht es trotz scheinbar hoher Löhne und Gehältern der Massen unmöglich, Verdrossigkeiten vom Ausland einzuführen. Hunger und Elend, wie man dies sich in Deutschland niemals hätte träumen lassen, haben ihren Einzug

in den letzten Tagen der Regierung Cuno der Dollart nach damaligenphantastische Syringen mache, haben vorausgehende Wirtschaftler auf die Notwendigkeit hingewiesen, an Stelle der bisherigen Reichsmarkwährung Erfahrungsmittel und Hilfsmittel zu sehen, mit deren Hilfe man, wenn auch nur notdürftig und in einem nicht allzu langen Zeitraum, den Gütertransport wenigstens innerhalb der nationalen Grenzen bewerkstelligen könnte. Schon damals wurde die Regierung auf das dringendste gewarnt und auf die ungeheuren Gefahren hingewiesen, die beim Durchsetzen dieser Dinge sich zwangsläufig ergeben würden. Darüber war man sich von vornherein klar, daß das endgültige Ziel die Wiederinführung der Goldmark sein müsse. Man verkannte aber nicht, daß zur Errichtung dieses Ziels eine gewisse Ordnung der außenpolitischen Verhältnisse und eine internationale Hilfe erforderlich seien. Da keine Ausicht bestand, daß sich diese Voraussetzungen in aller Kürze erfüllen würden, griff man zum Ausflugsmittel einer Zwischenlösung. Man wollte also gewissermaßen schleunigst ein Nebenbahnhof anbauen, um noch dessen Inbetriebnahme die im Verfall geratene Hauptstrecke ganzlich ausschalten. Man verkannte dabei nicht, daß eine solche Schnellspur keinen Anschluß an das internationale Bahnhof haben und sich daher für den internationalen Verkehr auf die Dauer nicht eignen würde, glaubte aber mit Recht über diesen Mangel hinwegsehen zu können, da es immerhin ein zuverlässiges Mittel sein würde, die im Lande befindlichen Güter zu befördern.

In unbegreiflicher Verlängerung der grundlegenden Bedeutung dieser Frage für die Aufrechterhaltung der inneren Wirtschaft und für die Bewegung der Erne sind leider in der letzten Zeit der Regierung Cuno als auch insbesondere unter der ersten Regierung Stresemann wertvolle Monate verloren gegangen. Das zunächst aus Kreisen der Handelswirtschaft vor etwa drei Monaten der damaligen Regierung unterbreitete Mogenmannprojekt, welches für die Rentenmarkt in seinen Grundlagen übernommen ist, ist zunächst vom Finanzminister Hilsberg mit großer Verstärkung in Tage- und nachtlangen Sitzungen mit den Kreisen von Handel, Industrie und Handelswirtschaft verhandelt worden, um dann im entscheidenden Augenblick zurückgestellt zu werden. Dem Finanzministerium hat wohl die erforderliche Entschlusskräftigkeit gefehlt, und des damaligen Kabinets als solches hat diese leider nicht zu ergeben vermocht. Durch die folgende Regierungskrisis und die Verzögerung der Annahme des Erneuerungsgesetzes wurde die Verabschiedung der Rentenmarkverordnung erst gegen Mitte Oktober möglich, so daß solle anderthalb Monate wertvolle Zeit verloren gingen. Auch danach haben sich noch Hindernisse und Schwierigkeiten mancher Art der Ausgabe der Rentenmark entgegengestellt, und zwar vielfach auch solche, die zweifellos bei größerer Klarheit, bei größerem Geschick und bei fühligerer Auswahl der damit betroffenen Personlichkeiten hätten vermieden werden können. Die Verantwortung der Regierung der Währungsverhältnisse für innen- und außenpolitisch nicht rechtzeitig erkannt haben, läßt sich nur messen an den unzählbaren und furchtbaren Zuständen, wie sie sich inzwischen auf innen- und außenpolitischen Gebieten entwickelt haben. (Fortsetzung folgt.)

Berliner Devisenkurse vom 13. November (Aufführung)

mitgeteilt von der Commerz- und Weißbank, R. S., Dresden

Kurse in Millionen der Einheit der Währung.

	13. 11.	12. 11.			
%	Geld	Telef.	%	Geld	Telef.
Westfalen	1	819200	2	847990	364510
Hessen	1	359900	2	379220	31077
Schlesien	2	182600	2	194710	93745
Württemberg	2	14240	2	144560	94375
Bayern	2	271145	2	272555	109270
Rom	1	35910	2	36580	27833
London	1	2680750	2</		